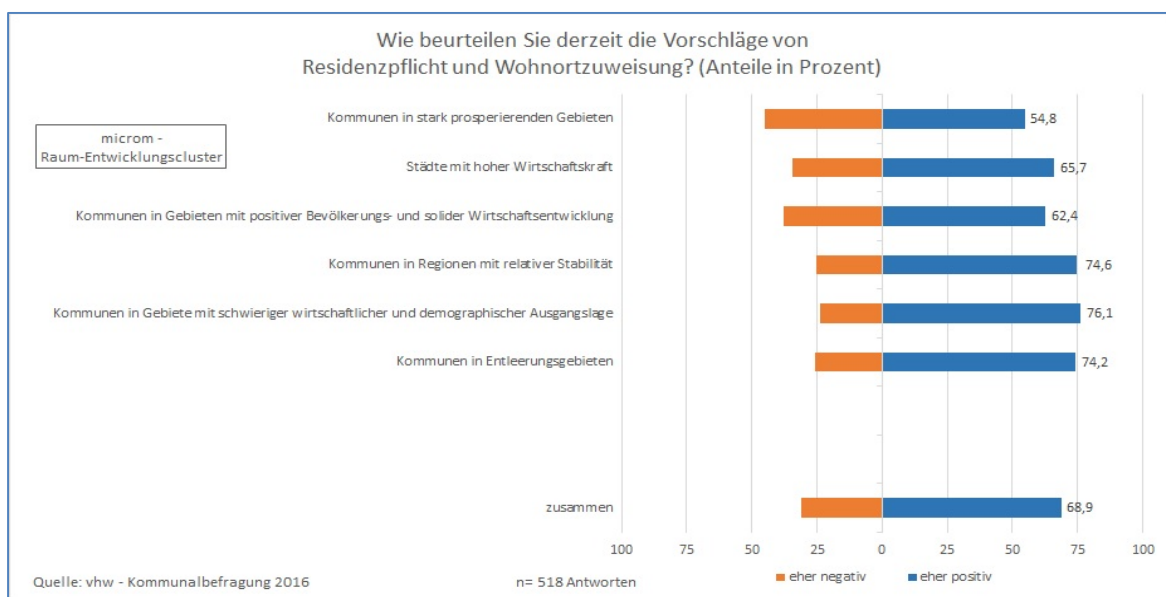


Flexible Wohnsitzauflage für Geflüchtete – vhw plädiert für unterstützendes Instrument

15. April 2016

Berlin – Der vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung unterstützt das Vorhaben einer flexibel auszugestaltenden Wohnsitzauflage für Geflüchtete in Deutschland als Teil einer integrations-, aber auch kapazitäts- und strukturorientierten Aufnahmepolitik. Der Verbandsrat des vhw hat eine „Wohnsitzauflage für Geflüchtete“ in seinen Sitzungen jeweils am 18. Februar und 7. April 2016 diskutiert und es in einem Plädoyer ([vhw werkSTADT Nr. 4](#)) als unterstützendes Integrationsinstrument bewertet und begründet.

Das Instrument einer Wohnsitzauflage wird auch von einer deutlichen Mehrheit jener 650 Kommunen und Landkreise positiv eingeschätzt, die an der bundesweiten vhw-Kommunalbefragung im April 2016 zur Flüchtlingsthematik teilgenommen haben. In der Umfrage wurde u. a. die Frage gestellt: Wie beurteilen Sie derzeit die Vorschläge von Residenzpflicht und Wohnortzuweisung?



Etwa 80 Prozent der befragten Kommunen hatten eine Haltung zur Frage Wohnsitzauflage entwickelt. Etwa 70 Prozent der befragten Kommunen sehen dabei eine Wohnsitzauflage als eher positiv, während etwa 30 Prozent dies als eher negativ einstuft. Die vhw-Kommunalbefragung hat gezeigt, dass es nur relativ geringe Unterschiede in der Bewertung der Frage nach den Gemeindegrößen gibt und die Wohnsitzauflage dabei stärker von den Befragten in Regionen mit schwieriger wirtschaftlicher und demografischer Ausgangslage unterstützt wird, gefolgt von den Gebieten mit starkem Bevölkerungsrückgang, aber auch von Regionen mit „relativer Stabilität“. Eine flexible Wohnsitzauflage kann aber nur ein Baustein in den vielfältigen Ansätzen für eine gelingende Integration Geflüchteter sein.

Für weitere Fragen bzw. Informationen wenden Sie sich bitte an das Referat Öffentlichkeitsarbeit:

Ruby Nähring E-Mail: rnaehring@vhw.de

Tel.: 030 39 04 73-170